

»Fledermäuse sind wichtig – aber wichtiger als unsere Kinder?«

Ewige Genehmigungsverfahren verschleppen den Bau neuer Kitas. Deutschland stehe selbst im Weg, sagt die Expertin Ilse Wehrmann

DIE ZEIT: Frau Wehrmann, seit 50 Jahren arbeiten Sie in der frühkindlichen Bildung. Nun haben Sie ein Buch mit dem Titel *Der Kita-Kollaps* geschrieben. Bislang ist dieses Horrorszenerario nicht eingetreten, die meisten Einrichtungen sind noch nicht zusammengebrochen. Was muss passieren, damit das so bleibt?

Ilse Wehrmann: Die Situation in den Kitas ist schon heute schlimmer, als Sie andeuten. Der Personalmangel ist dramatisch, immer mehr Erzieherinnen und Erzieher sind überfordert und verlassen ihren Beruf, zu wenige neue kommen nach. Insgesamt fehlen in Deutschland rund 400.000 Plätze. Dabei haben die Eltern einen gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuung. Im Grunde erleben wir tagtäglich einen massenhaften Rechtsbruch.

ZEIT: Wer trägt die Schuld an der Misere?

Wehrmann: Es gibt viele Verantwortliche. Die Politik, die der frühkindlichen Bildung zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Das Zuständigkeitswirrwarr zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Eine Bürokratie, die mit ihren Vorschriften neue Kitas verhindert. Die Betreiber der Kitas, die sich nicht in ihre Arbeit reinreden lassen wollen. Die Gesellschaft, die nicht bereit ist, mehr Geld für Kitas auszugeben. Wir brauchen einen großen Aufbruch, einen Kita-Gipfel mit dem Bundeskanzler an der Spitze.

ZEIT: Was soll das bringen?

Wehrmann: Es wäre für die Gesellschaft ein Signal, dass die ersten Jahre wichtig sind. Und es würde Kita-Personal und Eltern zeigen, dass man ihre Probleme ernst nimmt.

ZEIT: Zuständig für die Kitas sind aber nun einmal die Länder und Kommunen.

Wehrmann: Genau das eröffnet eine große Willkür. Momentan hängt die Entwicklung der Kinder in einer Stadt stark vom Familienbild des Bürgermeisters und von der Finanz-

kraft der Kommune ab. Ich sage es deutlich: Der Föderalismus schadet unseren Kindern. In der Wirtschaft läuft es übrigens besser.

ZEIT: Inwiefern?

Wehrmann: Ich habe mitgeholfen, eine Reihe von Betriebs-Kitas aufzubauen, unter anderem bei Daimler-Benz. Da habe ich mich alle vier Wochen mit dem damaligen Firmenchef Dieter Zetsche getroffen, um den Bau voranzutreiben. Das Thema war Chefsache. Auch Klinikchefs sagen mir häufig: Wir brauchen eine Kinderbetreuung im Haus, sonst bekommen wir keine neuen Mitarbeiter.

ZEIT: Betriebs-Kitas machen hierzulande knapp zwei Prozent aus, das ist nicht gerade ein Massenphänomen.

Wehrmann: Ja, da könnte deutlich mehr passieren. Die frühkindliche Bildung und Betreuung muss ein Thema der Arbeitgeberverbände werden, auch weil sich Betriebskindergärten deutlich schneller realisieren lassen als öffentliche.

ZEIT: Der beklagte Wust aus Verordnungen gilt aber auch dort.

Wehrmann: Leider. Die ersten drei Kitas für Daimler haben wir 2007 in fünf Monaten realisiert: vom Plan bis zur Eröffnung. Das ist heute völlig undenkbar.

ZEIT: Warum?

Wehrmann: Allein die Baugenehmigungen brauchen Jahre. Mal sind es Anwohnerproteste, mal Sicherheitsauflagen, dann wieder fehlen in einem Raum zwei Quadratmeter Fläche, oder der Naturschutz steht im Wege. Ich erlebe das gerade in Bremerhaven. Da streiten wir bei einem Kita-Neubau über das dritte

Gutachten zu Fledermäusen. Fledermäuse sind wichtig, aber sind sie wichtiger als die Zukunft unserer Kinder? In einigen Bundesländern sind 18 verschiedene Behörden bei einem Kita-Bau involviert.

ZEIT: Niemand denkt sich diese Vorschriften aus, um Kitas zu verhindern.

Wehrmann: Uns fehlt aber der gesunde Menschenverstand, sie anzuwenden, und der Mut, gewisse Vorschriften – zumindest in der Zeit,

mer den Kopf gestoßen. Deshalb habe ich die Haken um ein paar Zentimeter versetzt. Das gab Ärger, weil ich für die Baumaßnahme kein Genehmigungsverfahren eingeleitet hatte. Das Kuriose ist: Für das Bauen einer Kita gibt es unzählige Vorgaben, etwa wie hoch die Trennwände in den Klos sein müssen. Wenn die Kita steht, interessiert sich kaum jemand dafür, was im pädagogischen Alltag passiert.

ZEIT: Es gibt doch auch pädagogische Vorgaben, etwa Bildungspläne.

Wehrmann: 16 Stück, für jedes Bundesland einen. Mal sind sie 40 Seiten, mal 450 Seiten stark. Nur kontrolliert in Deutschland niemand, inwiefern sie umgesetzt werden. Das ist mehr oder minder der Willkür des Kita-Trägers oder der einzelnen Einrichtung überlassen.

ZEIT: Die Vielfalt der Träger bietet Eltern viel Wahlfreiheit: von der großen kommunalen Kita bis zur kleinen Elterninitiative. Wollen Sie das aufgeben?

Wehrmann: Nein, aber umso wichtiger sind einheitliche und nachprüfbare Standards. Bislang ist Berlin das einzige Bundesland, das die Qualität der Kitas regelmäßig überprüft. In der Autoindustrie überlässt man es nicht den Herstellern, ihre Produkte zu prüfen. Dafür gibt es einen unabhängigen TÜV. Ähnliches würde ich mir für die Kitas wünschen.

ZEIT: Die Träger werden sich bedanken. Sie würden über noch mehr Bürokratie klagen.

Wehrmann: Evaluationen machen die Qualität der Kitas aber besser. In den evangelischen Kitas in Bremen, für die ich zuständig war,

haben wir uns regelmäßig überprüfen lassen. Da kam einmal heraus, dass wir zwar viele farbige Kinder hatten, aber keine farbigen Puppen. Das ist ein Detail, zeigt aber, wie hilfreich es ist, wenn jemand von außen draufschaut.

ZEIT: Im Augenblick haben Kitas andere Probleme. Viele klagen darüber, sie könnten wegen Personalmangels nicht einmal mehr eine verlässliche Betreuung garantieren.

Wehrmann: Auch da stehen wir uns selbst im Weg. Unsere Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte dauern viel zu lange. Ausgebildete Lehrer dürfen nicht in der Kita arbeiten. Und selbst wer frühkindliche Pädagogik an der Uni studiert hat, muss – in Bremen etwa – noch eine Erzieherausbildung nachweisen. Seit 15 Jahren haben wir solche Studiengänge, doch die Akademikerquote beim pädagogischen Kita-Personal liegt bei gerade vier Prozent.

ZEIT: Sie fordern von allen Seiten Veränderungen, fehlen noch die Erzieherinnen und Eltern.

Wehrmann: Von Erzieherinnen und Erziehern wünsche ich mir eine größere Bereitschaft, die eigene Arbeit überprüfen zu lassen. Und Eltern müssen angesichts des Personalmangels akzeptieren, dass sie ihr Kind nicht in jeder Kita von 7 bis 18 Uhr betreuen lassen können. Da müssen wir Angebote bündeln. Alle müssen sich infrage stellen, damit wir das ungeheure Potenzial der frühen Jahre wirklich nutzen. Wir sind es den Kindern schuldig.

Die Fragen stellte **Martin Spiewak**

Ilse Wehrmann, 73, ist Erzieherin und promovierte Sozialpädagogin. Sie war Vorsitzende der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Heute berät sie Firmen und Städte beim Aufbau neuer Kitas. »Der Kita-Kollaps« ist bei Herder erschienen



Ilse Wehrmann in einer Kita in Stuttgart

wo akute Not herrscht – mal auszusetzen. Ich habe weltweit viele Kitas gesehen. Fast alle hätte man nach deutschen Sicherheitsstandards sofort schließen müssen.

ZEIT: Sie schreiben in Ihrem Buch, Sie hätten Ärger bekommen, weil Sie in einer Kita Kleiderhaken versetzt hatten. Was war das Problem?

Wehrmann: Die Kinder hatten sich daran im-

Streik wegen vier Euro Fortsetzung von S. 29

OP nehmen, damit ich die Kinder dort operiere?«, fragt Zeise. Ethik, sagt sie, sei keine Einbahnstraße: »Haben wir moralisch nicht auch eine Verpflichtung, zu sagen: Wenn die Ärzte den Eingriff machen, muss dieser auch wirtschaftlich tragbar sein?« Ohne kosten-deckendes Honorar würden schließlich noch mehr Fachärzte das ambulante Operieren aufgeben. Frei werdende Vertragsarztstellen könnten schon jetzt nicht nachbesetzt werden. Anders gesagt: Würden die HNO-Ärzte nicht hart bleiben, wäre die Versorgung langfristig gefährdet und es wäre den Kindern auf Dauer nicht gedient. Was Zeise nicht sagt, aber worauf Krankenkassen gern hinweisen: Operierende Ärzte verdienen 15 bis 30 Prozent mehr als Kollegen, die nie zum Skalpell greifen.

»Die Positionen der HNO-Ärzte mögen sehr pointiert erscheinen«, sagt Roland Stahl, Pressesprecher der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, »aber sie sind letztlich ein Indiz für eine vorherrschende große Frustration.« Im vergangenen Herbst strömten viele Kinder mit Atemwegsinfektionen in

die Praxen, Mitarbeiter fühlten sich überlastet, die Ärzte unterfinanziert und wenig wertgeschätzt. Der Präsident des Deutschen Berufsverbandes der Hals-Nasen-Ohrenärzte klagte, dass die Politik erratisch agiere und Flickschusterei betreibe. Der Kollateralschaden für all jene Gesundheitsbereiche, die von der Politik vergessen würden, sei fatal. In diesen Frust hinein fiel die Kürzung des Honorars für Mandel-OPs. »Eine Discouragementalität ist in der medizinischen Versorgung fehl am Platz«, sagt Stahl.

Nicht nur Arztpraxen, auch Kliniken klagen. Adrian Münscher, Chefarzt der HNO-Klinik am Marienkrankenhaus in Hamburg, beobachtet in diesem Jahr die drastische Zunahme von jungen Patienten in seinem Haus: »Bei uns ist die Wartezeit für Mandel-OPs von drei Wochen auf ein Dreivierteljahr gestiegen.« Auch für ihn im Krankenhaus sind ambulante Eingriffe nicht kostendeckend. Ein durchschnittlicher ambulanter Eingriff werde an seiner Klinik mit ungefähr 250 Euro vergütet, inklusive Verbrauchsmaterialien, Anästhesie, Operateur und der Raumnutzung. »Das deckt nicht mal im Ansatz die Kosten«, sagt Münscher.

Wie sich die Forderung Lauterbachs, mehr Operationen ambulant durchzuführen, umsetzen ließe, ist den Beteiligten unklar. »Wo wollen wir hin?«, fragt Klinikchef Münscher und antwortet gleich selbst: »Unser Ziel sollte doch eine für alle Beteiligten attraktive, gute und flächendeckende ambulante Versorgung sein.« Im Moment aber sei allen bewusst, dass die Honorare nicht ausreichen, und es werde taktiert. Die niedergelassenen HNO-Ärzte und -Ärztinnen halten ihren Ausstand trotz durch. Die Kliniken versorgen die Kinder, ohne ihre Kosten zu decken, weil sie um ihren Ruf fürchten – und am Ende greifen Marktkräfte. »Bei uns rufen viele Eltern an und sagen: Kriege ich einen Termin, wenn ich selber bezahle?«, erzählt Münscher. »Ich habe mich dagegen entschieden, aber ich glaube, es gibt Kollegen, die sehen das anders.«

In Bremen operieren niedergelassene HNO-Ärzte derweil. Dort hat die AOK seit 20 Jahren einen Vertrag mit der regionalen Kassenärztlichen Vereinigung über die Honorare für ambulante Operationen. Fachärzte übernehmen ambulante OPs – und wurden dadurch zum Alleinanbieter. Nach einer Honorar-

erhöhung erhalten HNO-Ärzte in der Hansestadt für die umkämpfte Adenotomie mit Einsetzen des Paukenröhrchens nun 260 Euro – vorerst bis Ende des Jahres. Warum gelingt dies nicht auch in anderen Regionen? Jörn Hons von der AOK Bremen/Bremerhaven sagt, darauf gebe es keine pauschale Antwort. Mancherorts übernehmen Krankenhäuser oder Universitätskliniken ganz spezialisierte Versorgungen. Anderswo forcieren ein Bundesland inzwischen die ambulante Versorgung, wieder andere hätten noch lange Zeit Krankenhäuser favorisiert. Behandlungskosten könnten sich deshalb von Region zu Region unterscheiden. Krankenkassen treibt derweil die Sorge um, dass der Vier-Euro-Streik bei einem Erfolg Schule macht und andere Facharztgruppen ebenfalls für bestimmte Behandlungen in den Streik treten.

Alle Beteiligten könnten auf ihre Weise zur Lösung beitragen. Das Bundesgesundheitsministerium könnte Gesetze ändern und die Adenotomie mit Einlage des Paukenröhrchens partiell wie eine stationäre Behandlung einstufen – was mehr Honorar bedeutete. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung könnte sich dafür einsetzen, die Honorierung solcher Leis-

tungen durch Zuschläge anzuheben. Und schließlich könnten andere Krankenkassen dem Beispiel von Bremen folgen und in Sonderverträgen für ambulante Kinder-OPs höhere Honorare vereinbaren. Akut würde wohl nur das Einlenken der HNO-Ärzte oder der Kassen den Konflikt lösen.

Die Zeit bis zur Infektionswelle in der kalten Jahreszeit läuft. »Es ist natürlich keine dauerhafte Lösung, wenn Kinder schon im Kita-Alter mit Hörgeräten versorgt werden müssen, obwohl ein einfacher Eingriff die Ursache beseitigen würde«, sagt Jörg Dötsch, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin. »Es ist erschütternd, wenn man sieht, dass die Kinder wegen weniger Euro schon wieder die Leidtragenden sind.« Insbesondere ärmere Schichten seien betroffen, gut situierte Eltern hingegen könnten die Operation im Notfall aus eigener Tasche bezahlen. »Wenn ich höre, dass finanzielle Argumente über dem Wohl der Kinder stehen, ist das in meinen Augen ein Tabubruch.«

www.zeit.de/vorgelesen

ANZEIGE



ELTERN-EXTRA: Neues Spielzeug

ZEIT LEO plus

KLIMA

Das brauchen wir jetzt fürs KLIMA

Wie wir unsere Erde besser schützen können

Jetzt testen: ZEIT LEO plus Geschenk

Das Kindermagazin der ZEIT nimmt Mädchen und Jungs zwischen 7 und 13 Jahren mit auf Abenteuerreise – unterhält, taucht in ihre Lebenswelt ein und ermuntert sie zum Lesen.

Sichern Sie sich jetzt **3 Ausgaben für nur 10 €**, und sparen Sie **über 30%** gegenüber dem Einzelkauf.



Hier bestellen:

www.zeit.de/leo-lesen **040/42 23 70 70***

*Bitte Bestellnummer 2060886 angeben



Nur 12 €

3x ZEIT LEO + Geschenk



← Geschenk zur Wahl →